

Antrag

Initiator*innen: Bundesvorstand (dort beschlossen am: 02.05.2025)

Titel: **Zukunft mit links – Schluss mit der schwarz-roten Nullrunde für Studis!**

Antragstext

1 Die neue schwarz-rote Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD steht für einen Kurs
2 der sozialen und politischen Rückschritte – und damit gegen die Interessen der
3 jungen Generation. Unter dem Deckmantel von „Verantwortung“ und Stabilität
4 bereitet dieses Bündnis einen sozialen Kahlschlag vor, der auch Studierende
5 trifft. Die anvisierten Vorhaben der Koalition um Merz gefährden akut
6 studentische Lebensrealitäten, Bildungsinvestitionen, soziale Infrastruktur und
7 konsequenten Klimaschutz.

8 Strukturelle Unterfinanzierung von Hochschulen

9 Hochschulen werden strukturell unterfinanziert, was sich in der Einstampfung von
10 Studiengängen, mangelhafter Ausstattung, prekären Arbeitsbedingungen
11 insbesondere auf Ebene der wissenschaftlichen Mitarbeitenden und studentischen
12 Hilfskräften sowie vielem mehr niederschlägt. Diese Politik ignoriert die
13 Realität junger Menschen und verstärkt das Gefühl politischer Entfremdung.

14 Insbesondere die rechten Kürzungspläne in den Landeshaushalten – aktuell
15 besonders in Brandenburg und Sachsen – öffnen rechtsextremen Kräften Tür und
16 Tor, um gezielt Einfluss auf Wissenschaftsfreiheit und Bildungszugang zu nehmen
17 und die offene, freie Hochschullandschaft nachhaltig zu gefährden.

18 Campusgrün stellt sich dieser Politik entschlossen entgegen. **Eine Zukunft gibt**
19 **es nur mit uns**, mit Investitionen in Bildung, soziale Gerechtigkeit und
20 Klimaschutz – nicht mit dem Rotstift von Union und SPD. Statt Sparpolitik

21 braucht es eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung sowie faire
22 Arbeitsbedingungen an Hochschulen und einen entschlossenen Kampf gegen prekäre
23 Beschäftigung. Zudem müssen die Studierendenwerke auf Landesebene angemessen
24 ausfinanziert werden, um eine bedarfsgerechte Unterstützung für Studierende
25 gewährleisten zu können.

26 Wir plädieren für eine stabile demokratische Finanzierung der Hochschulen,
27 insbesondere durch Bundesmittel, um rechtsextreme Einflussnahme mittelbar durch
28 Landesparlamente an Hochschulen zu verhindern.

29 **Studieren am Limit - Zeit für echte Entlastung** 30 **statt leerer Versprechen**

31 Studierende befinden sich in einer prekären Lage. Wohnraum in
32 Universitätsstädten ist knapp und teuer, psychische Belastungen nehmen drastisch
33 zu und die soziale Ungleichheit im Studium verschärft sich. Doch statt
34 entschlossen entgegenzusteuern, verschärft **Schwarz-Rot den unsolidarischen**
35 **Status Quo nochmals und riskiert so das Wohlergehen einer ganzen Generation**
36 **Studierender**. Ein „Bau-Turbo“ für Wohnheime und Unigebäude ist jetzt durch das
37 Sondervermögen Infrastruktur möglich - es muss nur umgesetzt werden. Mit Blick
38 auf die Prioritäten der Koalition um Merz, die gerade nicht den sozialen
39 Wohnungsbau und den Bildungsinfrastruktur in den Vordergrund stellt, gehen wir
40 Studierende vermutlich wieder leer aus.

41 Die im Koalitionsvertrag angekündigten Maßnahmen im Bereich der BAföG-Reform
42 sind zwar ein erster Schritt, greifen aber viel zu kurz und stehen unter
43 Finanzierungsvorbehalt – de facto ein wertloses Versprechen. Die Summe der zum
44 Wintersemester 2026/27 einmalig angekündigten Erhöhung der Wohnkostenpauschale
45 liegt weiter unter der durchschnittlichen Miete für ein WG-Zimmer in den
46 größeren Universitätsstädten – **ein Tröpfchen auf den heißen Stein!**
47 **Die Erhöhung ist zu niedrig, nicht angepasst an die tatsächlichen Wohnkosten und**
48 **kommt deutlich zu spät. Sie lässt eine ganze Generation an Studierenden im Regen**
49 **stehen und ist Ausdruck politischer Visionslosigkeit. Schwarz-Rot fordert "BAföG**
50 **statt Bürgergeld" und spielt so arm gegen ärmer aus – in der Realität**
51 **vernachlässigen sie beide Gruppen.**

52 Besonders alarmierend ist die Ignoranz gegenüber der **psychischen Gesundheit** von
53 Studierenden. Studien zeigen seit Jahren einen drastischen Anstieg psychischer
54 Belastungen: Etwa jede:r fünfte Studierende kämpft mit Depressionen,
55 Angststörungen oder psychischem Druck. Notwendige Mittel für psychologische
56 Beratungsstellen, Präventionsangebote oder schlicht eine spürbare Entlastung
57 durch bessere Studienbedingungen fehlen.

58 Campusgrün fordert daher die sofortige Aktivierung des Sondervermögens
59 „Infrastruktur“ für einen **echten „Bau-Turbo“**, der gezielt in studentischen
60 Wohnraum und sanierungsbedürftige Hochschulgebäude investiert. Dafür braucht es
61 klare gesetzliche Vorgaben zur Zweckbindung der Mittel sowie eine Priorisierung
62 des sozialen Wohnungsbaus statt Symbolpolitik der CDU/CSU-geführten Koalition.

63 Campusgrün drängt auf eine **grundlegende BAföG-Reform**, die das BAföG endlich
64 elternunabhängig, bedarfsgerecht und krisenfest macht. Die Wohnkostenpauschale
65 muss sich an ortsüblichen Vergleichsmieten orientieren. Beides muss jährlich
66 dynamisch angepasst werden – dauerhaft und nicht als Einzelmaßnahmen.
67 Derzeit haben Studierende keinen Anspruch auf das Existenzminimum. Das führt
68 dazu, dass BAföG-beziehende Arbeiter*innenkinder das Studium im Zweifel
69 abbrechen müssen, weil ihr Einkommen zum Leben nicht reicht. Das
70 verfassungsmäßig garantierte Existenzminimum muss daher auch für Studierende
71 gelten.
72 Die im Koalitionsvertrag versprochene Bindung des BAföG-Satzes an das
73 Grundsicherungsniveau darf nur ein erster Schritt in eine tatsächlich
74 armutsfeste garantierte Ausbildungsförderung sein. Merz' Parole, wonach "BAföG
75 statt Bürgergeld" erhöht werden sollte, verheißt nichts Gutes. Studierende müssen
76 sich daher mit Erwerbslosen solidarisieren und gemeinsam für die Verbesserung
77 der
78 Lebensverhältnisse kämpfen.
79 Ein Studienabschluss muss für alle Menschen jeglicher sozialen Herkunft offen
80 sein und darf nicht das Privileg der reichen Oberschicht sein.

81 Wir betonen die Notwendigkeit einer **strukturell und dauerhaft finanzierten**
82 psychologischen Beratungsstelle an Hochschulen inklusive des Ausbaus von
83 Präventionsprogrammen und niedrigschwelligen Angeboten. Diese Investitionen
84 dürfen aber nicht zulasten der Studierenden in Form einer Erhöhung der
85 Semesterbeiträge führen - vielmehr sind hier Bund und Länder in der Pflicht,
86 entsprechende Vorhaben über besser ausgestattete Studierendenwerke zu fördern.
87 Gleichzeitig halten wir eine **Entzerrung des Studienalltags** durch bessere
88 Studienbedingungen beispielsweise durch mehr Flexibilität, weniger
89 Leistungsdruck, eine Entbürokratisierung des Prüfungswesens sowie unbegrenzte
90 Prüfungsversuche für notwendig.

91 **Klimapolitischer Rückschritt**

92 **Minimalismus ist ein aufstrebender Trend - und wird im Koalitionsvertrag von**
93 **CDU/CSU und SPD beim Klimaschutz vollumfänglich gelebt.**

94 Hochschulen tragen als Orte der Bildung, Forschung und Innovation eine besondere

95 Verantwortung im Kampf gegen die Klimakrise. Sie sind neben Wissensträgern und
96 Ausbildungsorten auch gesellschaftliche Vorbilder. Wenn sie die Klimaneutralität
97 anstreben, senden sie ein starkes gesellschaftliches Signal und fördern
98 nachhaltiges Denken bei allen Studierenden. Durch eigene Klimaschutzmaßnahmen
99 werden Hochschulen zu Reallaboren für praxisnahe Forschung und interdisziplinäre
100 Lösungsansätze – ein zentraler Beitrag zur technologischen und sozialen
101 Transformation. Die Transformationsprozesse auch an den Hochschulen erfordern
102 eine finanzielle Unterstützung, die weder in den Landeshaushalten noch den
103 Bundshaushalten ausreichend abgebildet ist.

104 Auch in Koalitionen mit bündnisgrüner Beteiligung hat die Transformation der
105 Hochschulen hin zur Klimaneutralität nicht in genügendem Maße stattgefunden.
106 Deshalb braucht es neben dem Einsatz für eine breite gesellschaftliche Mehrheit
107 zu diesem Thema auch ausreichend Druck auf politische
108 Verantwortungsträger*innen.

109 Campusgrün fordert die Einführung eines bundesweiten Klimafonds für Hochschulen,
110 mit dem gezielt Investitionen in Energieeffizienz, Gebäudesanierung, nachhaltige
111 Mobilität und erneuerbare Energien gefördert werden. Die Mittel aus dem
112 Sondervermögen „Klima und Transformation“ müssen auch für Bildungsinstitutionen
113 geöffnet und langfristig abgesichert werden.

114 Campusgrün ruft die Hochschulleitungen auf, ihre **Selbstverwaltungshoheit**
115 **strategisch für Klimaneutralität zu nutzen**: durch eigene
116 Nachhaltigkeitsstrategien, Klimabeauftragte, CO₂-Bilanzen, transparente
117 Zielvorgaben sowie konkrete Maßnahmen auf dem Weg zu Netto-Null-Emissionen. Wir
118 werden dabei weiter Druck machen – in Senaten, Räten und Parlamenten, ASten und
119 weiteren Gremien.

120 Um Studierende sowohl im Hörsaal als auch am Campus für Klimaschutz zu
121 sensibilisieren, solidarisiert sich Campusgrün mit Students for Future und der
122 Public Climate School. Wir werden durch die Mitgliedsgruppen vor Ort dafür
123 kämpfen, dass unsere Hochschulen Vorreiter beim Klimaschutz werden.

124 **Den Osten fest im Blick behalten**

125 Ein besonderer Blick gilt Ostdeutschland. In keinem Teil des Landes sind die
126 Auswirkungen von sozialer Schieflage und politischem Vertrauensverlust so
127 spürbar wie hier. Jahre der ungleichen Ressourcenverteilung haben dazu geführt,
128 dass viele ostdeutsche Regionen strukturell benachteiligt sind – geringere
129 Löhne, weniger Studienplätze und Forschungsinstitute, Abwanderung junger Talente
130 und eine besorgniserregende Perspektivlosigkeit. Diese Probleme erfordern eine

131 Regierung, die entschlossen für **gleichwertige Lebensverhältnisse** eintritt - auf
132 Bundes- und Landesebene.

133 In Ostdeutschland wächst der Unmut. Die letzten Bundestagswahlen haben gezeigt,
134 dass der rechtsextreme politische Rand Zulauf bekommt. In der Altersgruppe der
135 Erstwähler:innen und Studierenden ist dieser Trend besonders deutlich: 18- bis
136 24-Jährige haben bei der Bundestagswahl 2025 verstärkt im Osten die AfD gewählt
137 – ein erschreckendes Zeichen dafür, dass die demokratischen Parteien das
138 Vertrauen der Jugend verspielen. Der sich langsam **auch an Universitäten**
139 **etablierende Rechtsruck** bereitet uns große Sorgen.. Neben Burschenschaften
140 gründen sich erste rechte Hochschulgruppen und versuchen, ihre Themen an der
141 Universität zu bespielen.

142 Campusgrün fordert endlich einen klaren politischen Fokus auf Ostdeutschland und
143 nicht zuletzt gute Bildung vor Ort. Dafür braucht es gezielte Bundesmittel für
144 den Hochschulbau und die Sanierung ostdeutscher Standorte, für
145 Forschungseinrichtungen in der Fläche sowie für Förderprogramme, die ostdeutsche
146 Perspektiven in Wissenschaft, Verwaltung und Politik sichtbar machen.
147 Ostdeutsche müssen in Ministerien, Bundesbehörden, Hochschulleitungen und auf
148 Professuren angemessen vertreten sein. Und wir fordern: eine
149 unmissverständliche, gemeinsame Haltung aller demokratischen Parteien, aller
150 Hochschulgremien und aller Institutionen der Hochschule gegen jede Form von
151 Rechtsradikalismus und Menschenfeindlichkeit. Kein Hochschulstandort darf **Opfer**
152 **von Sparmaßnahmen** werden, besonders im Osten. Bibliotheken, Mensen und Institute
153 müssen erhalten und ausgebaut werden. **Bildungseinrichtungen in Ostdeutschland**
154 **brauchen gezielte Förderung statt weiterer Kürzungen**, um Abwanderung und
155 Perspektivlosigkeit zu stoppen.

156 Campusgrün solidarisiert sich ausdrücklich mit den Studierenden und jungen
157 Menschen in Ostdeutschland, die oft doppelt kämpfen müssen – gegen materielle
158 Benachteiligung und gegen rechte Stimmungsmache. An den Universitäten dürfen wir
159 kein Klima dulden, in dem rechtes Gedankengut salonfähig wird. Campusgrün wird
160 verstärkt Projekte politischer Bildung und Antidiskriminierung in Ostdeutschland
161 unterstützen, Bündnisse mit progressiven Initiativen vor Ort eingehen und
162 sicherstellen, dass der Kampf gegen Rechts im Osten sichtbar und hörbar bleibt

163 und die Interessen von marginalisierten Menschen tatsächlich repräsentiert
164 werden. Alle Mitgliedsgruppen des Campusgrün-Bundesverbands stehen voll hinter
165 den ostdeutschen Hochschulgruppen. Wir unterstützen sie finanziell, politisch
166 und durch gemeinsame Kampagnen, um die ökonomischen und gesellschaftlichen
167 Herausforderungen vor Ort zu bekämpfen und demokratische Werte zu stärken.

168

Campusgrün als progressive Kraft in der Zukunft

169 In dieser schwierigen Lage kommt Campusgrün eine entscheidende Rolle zu. Wir
170 verstehen uns als **progressive Stimme im Hochschulbereich** – und diese Stimme
171 werden wir weiterhin laut erheben. Während die Bündnisgrünen auf Bundesebene in
172 der parlamentarischen Opposition sind, sind wir vor Ort oft die stärkste Kraft
173 in den Studierendenparlamenten und stellen die ASten, Senator:innen und viele
174 weitere Positionen. Campusgrün wird die Hochschulen im ganzen Land mobilisieren:
175 Wir werden Protestaktionen gegen Bildungs- und Sozialkürzungen anstoßen,
176 studentische Vollversammlungen und Bündnisse organisieren und Druck auf
177 Hochschulleitungen ausüben, sich klar gegen den Sparkurs aus Berlin zu
178 positionieren. Wenn Bibliotheksetats gekürzt oder Mensapreise erhöht werden,
179 werden wir das nicht still hinnehmen, sondern öffentlich skandalisieren.

180 Campusgrün ist die Stimme grün-alternativer Hochschulgruppen auf **Bundesebene** und
181 wird innerhalb der grünen Familie konsequent soziale Gerechtigkeit und
182 Solidarität einfordern – im engen Austausch mit Grüner Jugend, Bündnis 90/Die
183 Grünen, dem freien Zusammenschluss von Student*innenschaften und
184 zivilgesellschaftlichen Akteur:innen. Als **progressiver Impulsgeber gegenüber der**
185 **Grünen Partei** werden wir klare Forderungen stellen: Die grüne Opposition muss
186 die Anliegen der Studierenden aufgreifen – von der BAföG-Reform über bezahlbares
187 Wohnen bis zur psychischen Gesundheit. Campusgrün wird entsprechende Anträge und
188 Initiativen einbringen, sei es auf Parteitagen oder in Gesprächen mit Grünen-
189 Abgeordneten. Unsere Botschaft: Die Bündnisgrüne Partei darf die junge
190 Generation nicht enttäuschen, sie muss uns aktiv vertreten!

191 Campusgrün fordert von Bündnis 90/Die Grünen eine starke, progressive
192 Oppositionsarbeit im Bundestag – mit klarer Haltung für soziale Gerechtigkeit,
193 Klimaschutz und Bildung. Gerade aus Hochschulperspektive ist entscheidend, dass
194 Kürzungen im Bildungsbereich konsequent kritisiert und mutige Alternativen wie
195 eine echte BAföG-Reform eingebracht werden. Wir erwarten, dass sich die
196 Bündnisgrünen sichtbar an Protesten beteiligen und eigene Akzente setzen – für
197 Studierende, für den Osten, für eine lebenswerte Zukunft. Als Campusgrün
198 begleiten wir diesen Kurs konstruktiv-kritisch, unterstützend, wo er überzeugt –
199 und deutlich, wo er zu zaghaft bleibt.

Begründung

erfolgt mündlich